

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/125

7. Juli 1975

CDU schadet dem deutschen Ansehen

Zur sturen Oppositions-Kritik an Willy Brandt

Von Wilhelm Dröcher

Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzender des Bundes der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft

Seite 1 und 2 / 46 Zeilen

Die Strauß-CSU und die KSZE

Klarstellungen zum Entschließungsentwurf der Münchner Regierung

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter in der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 67 Zeilen

Die "Union" löst sich auf

CDU-Basis schweigt nicht mehr zum Strauß-Machtanspruch

Seite 5 / 38 Zeilen

Technische Möglichkeiten suchen politische Antworten

Privates Kabelfernsehen würde die Meinungsvielfalt in Frage stellen

Von Dr. Volker Hauff MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie

Seite 6 und 7 / 54 Zeilen

IG Metall bleibt auf Entspannungskurs

Die Rolle der Gewerkschaften in der DDR wird von ihr realistisch eingeschätzt

Von Winfried Geiger

Mitarbeiter in der Pressestelle beim Vorstand der IG Metall

Seite 8 / 45 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH

5300 Bonn - Bad Godesberg

Kölner Straße 109-112, Telefon: 37 66 11

Chefredakteur: Dr. Erhard Ekerdt

5300 Bonn 12, Haussallee 2-10

Postfach: 120 408

Pressenhaus I, Zimmer 217-224

Telefon: 29 80 37 - 38

Telefax: 04 88 648 - 48 ppbn d

Die Strauß-CSU und die KSZE

Klarstellungen zum Entschließungsentwurf der Münchner Regierung

Von Dr. Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer Abgeordneter in der SPD-
Bundestagsfraktion, Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes und Mitglied
des Europäischen Parlaments

Die bayerische CSU-Staatsregierung hat sich entschlossen, über den Bundesrat einen Entschließungsantrag zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einzubringen, in dem die Bundesrepublik u.a. erklären soll,

"daß die Fortexistenz Gesamtdeutschlands, wie sie sich aus den Deutschland als Ganzes betreffenden Vereinbarungen und Beschlüssen der vier Mächte ergibt, von den Ergebnissen der KSZE nicht berührt wird; daß sie sich - wie dies im Übrigen auch einem essentiellen Gebot des Grundgesetzes entspricht - auch weiterhin verpflichtet sieht, im Sinne von Art. 7 Abs. I Deutschlandvertrag eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung anzustreben, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden sein soll und die erst die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands schaffen kann, und im Sinne von Art. 7 Abs. II Deutschlandvertrag mit friedlichen Mitteln ein wiedervereinigtes Deutschland mit freiheitlich-demokratischer Verfassung zu verwirklichen; daß nichts in den KSZE-Vereinbarungen sie daran hindert, im Sinne des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 die Bindung zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik Deutschland aufrechtzuerhalten und zu entwickeln und entsprechend ihrer Befugnis zur Vertretung der Interessen von Berlin (West), diese Befugnis weiterhin auszuüben und sie in die prinzipiellen und praktischen, politisch-moralischen Absichtserklärungen der KSZE - einschließlich der Folgevereinbarungen - einzubeziehen."

Ferner soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts nicht gegen die in Prinzip 1 und 3 von Kart I enthaltenen Grundsätze verstößt. Auch "die besonderen Beziehungen

zwischen den beiden deutschen Staaten in Deutschland, wie sie sich u.a. aus den Verträgen, Abkommen, Protokollen und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ergeben, sollen durch den Prinzipienkatalog nicht berührt werden dürfen.

Nun weiß jeder, der sich auch nur flüchtig mit den bisherigen Ergebnissen der KSZE beschäftigt hat, daß die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kein neues Völkerrecht und schon gar kein regionales Sonderrecht in Europa schaffen soll und kann. Was in Genf entsteht, ist eine Willenserklärung von 35 Staaten Europas und des amerikanischen Kontinents, ihre zwischenstaatlichen Beziehungen nach den Grundsätzen des Dekalogs, über den in Korb I verhandelt wurde, auszurichten. Schon deshalb ist es überflüssig und abwegig, Klarstellungen für etwas zu verlangen, was eigentlich selbstverständlich sein müßte. Aber die Uhren der bayerischen CSU-Staatsregierung in puncto Ost-, Deutschland- und Entspannungspolitik gehen offensichtlich anders. Schon der Gang nach Karlsruhe in Sachen Grundlagenvertrag war ein Marsch auf dem Holzweg. Mit nicht zu überbietender Rücksichtslosigkeit gegenüber der CDU, seiner sogenannten Schwesterpartei, hat die CSU ihr Konfrontationsprogramm beim NV-Vertrag, bei den Ostverträgen und beim UNO-Beitritt durchgesetzt, längst bevor die Sonthofener Doktrin verkündet war.

Was hat nun die Initiative der bayerischen Staatsregierung zur KSZE zu bedeuten? Die Linie der Konfrontation soll offensichtlich auch bei der KSZE fortgeführt werden. Franz-Josef Strauß hat sie für die KSZE schon vorprogrammiert. Er schrieb in "Deutschland, Deine Zukunft": "Es gibt immer wieder Stationen, an denen der Zug noch angehalten werden kann. Das gilt - sinngemäß angewandt - auch für die Genfer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)".

Man kann daraus nur schließen, daß die bayerische Staatsregierung den Schaffner zu spielen het, der den Stillstand des Entspannungszuges bewirken soll. Aber sie täuscht sich mit ihrer Forderung nach Klarstellung sowohl über den Charakter der KSZE als auch über den inneren Zusammenhang der in Korb I formulierten Prinzipien.

Alle zehn Prinzipien sind in ihrer Bedeutung gleichwertig und gleichgewichtig. Eine einseitige Interpretation in Richtung auf die CSU-Befürchtungen ist ausgeschlossen. Die Rechtswahrungsklausel im zehnten Prinzip ist einschlägig. Darunter fallen sowohl die Vier-Mächte-Rechte in bezug auf Deutschland als Ganzes als auch bestehende Verträge. Es besteht kein Grund, den 35 KSZE-Partnern die CSU-Alpträume aufzutischen. Wir können kein Interesse daran haben, die KSZE nachträglich noch zu einer deutschlandpolitischen Konferenz zu machen. Die deutsche ebenso wie die europäische Option sind gewahrt. Die larmoyante Entschliebung der bayerischen CSU-Staatsregierung trägt nur dazu bei, daß abträgliche Interpretationen der KSZE-Ergebnisse herbeigeredet werden.

(-/7.7.1975/ka/pr)

+ + +

Die "Union" löst sich auf

CDU-Basis schweigt nicht mehr zum Strauß-Machtanspruch

Die Auseinandersetzung innerhalb der Unions-Parteien ist im vollen Gange. Die ständigen Provokationen, mit denen der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß und seine Münchner/Bonner Parteikamerille die CDU bis an den Rand des Zulässigen gereizt hat, mußten eines Tages eine Reaktion heraufbeschwören. Der rheinische Junge Union-Vorsitzende Klaus Evertz hat nichts anderes getan, als sein Herz in die Hand zu nehmen und endlich genau das zu sagen, was Tausende von CDU-Mitgliedern bisher am Parteistammtisch zwischen den Zähnen zerbiessen haben: den wachsenden Zorn über das arrogante mir-kann-keiner-Gehabe des "Sonthofeners", der die größere CDU nur noch als Manövriermasse für seine politegoistischen Schach- und Winkelzüge sieht und sie immer skrupelloser dazu ausnützt.

Der Lärm, mit dem die schockierte CDU-Führung die dem massiven Vorgehen von Strauß entsprechende massive Äußerung des Jungunionisten zudecken möchte, macht für jedermann in der Bundesrepublik deutlich, bis zu welchem Grade inzwischen das Spannungsverhältnis zwischen CDU und CSU aufgeheizt worden ist. Die Führung der bayerischen Stiefschwesterpartei hat die zur Existenzsicherung gebotene bisherige Zurückhaltung in der CDU ganz offeneichtlich als allgemeine Bereitschaft mißverstandend, Strauß tun und machen zu lassen, was er nur will, und das dann auch noch stumm zu akzeptieren. Die von Strauß und seinen Leuten als selbstverständliche Tatsache angenommene Willfährigkeit der CDU, sich zum blinden Nachläufer der CSU umfunktionieren zu lassen, war aber, wie sich jetzt immer deutlicher und öfter zeigt, ein völliger Irrtum. Wenn schon die CDU-Führung noch so tut, als ob sie endlos weiter stillhalten wollte, so ist in der mittleren Führungsschicht und an der Basis der CDU der Kragen geplatzt. Klaus Evertz ist kein Einzel- und Alleingänger, sondern der Sprecher für die Mehrheit der Schweigenden in der CDU.

Es mag dem Parteitaktiker Biedenkopf gelingen, die sog. "Union" zwischen CDU und CSU noch einige Zeit am äußerlichen Leben zu erhalten. Tatsächlich ist der Bruch schon längst vollzogen: Strauß hat mit seinem Machtanspruch solange provoziert, bis der Bruch nicht mehr aufzuhalten war. Das "Sonthofener Programm" hat allen CDU-Mitgliedern diesseits der Dregger-Linie gezeigt, wohin die Strauß-Reise gehen soll, und daß es daher keine Gemeinsamkeit mehr geben kann. Die CDU-Führung wird nicht mehr lange umhin können, die Konsequenzen anzuerkennen und mitzuvollziehen. Die organisatorischen Maßnahmen werden dann nur noch eine formale Bestätigung sein.
(e/7.7.1975/bgy/e)

+ + +

Technische Möglichkeiten suchen politische Antworten

Privates Kabelfernsehen würde die Meinungsvielfalt in Frage stellen

Von Dr. Volker Hauff MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für Forschung und Technologie

Zwei Beispiele können verdeutlichen, wie das Verhältnis von Informationsmedien und Staat entscheidend sein kann für die Freiheit in unserem Land, im demokratischen Staat: Im 18. und 19. Jahrhundert haben Presse und Pressefreiheit die Freiheitsrechte der Bürger gegen die Mächtigen mit erkämpft - durch Herstellung der Öffentlichkeit, durch öffentliche Diskussion der freiheitlichen Forderungen, durch Kritik am Obrigkeitstest. Ganz andere die Rolle der Medien in der Hand des zynischen Machtpolitikers Joseph Goebbels: Presse und Rundfunk wurden in seiner Hand zu Instrumenten totaler Machtausübung, der perfekten Manipulation, der politischen Sprechregelung und der Unterdrückung jedes freiheitlichen Denkens oder Handelns.

Diese beiden Beispiele machen die Bedeutung der medianpolitischen Entscheidungen deutlich, vor denen wir angesichts der Entwicklung des Kabelfernsehens stehen. Gemeinschaftsantennenanlagen mit mehr als einhundert Teilnehmern versorgen heute bereits zwölf vH aller Fernsehteilnehmer. Solche Großgemeinschaftsanlagen verfügen technisch über eine Übertragungskapazität von zwölf Fernsehkanälen und eine fast beliebige Anzahl von Tonkanälen. Mit wenig Mehraufwand können weitere Übertragungskapazitäten bereitgestellt werden.

Damit ist auf längere Sicht ein weites, nach Empfängern und Anwendungen differenziertes Spektrum von Kommunikationsformen über Breitbandkabel realisierbar, vom üblichen Fernsehen bis zur Bibliotheksauskunft und zum Fernverkauf, vom rechnerunterstützten Fernunterricht bis zur medizinischen Fernbetreuung. Auch die vieldiskutierte Faksimilezeitung ist mit einer weiteren Investition auf der Empfängerseite realisierbar. Mit der Glasfasertechnik - sie steht in einem frühen Stadium der Entwicklung, ist aber in raschem Aufschwung begriffen - wird schließlich eine beinahe unbegrenzte Übertragungs-

kapazität zur Verfügung stehen.

Die entscheidende Frage angesichts dieser Möglichkeiten aber bleibt: Wer wird diese Übertragungskapazitäten nützen, welchem Bedarf soll dieses Informationsangebot entsprechen, wer wird die Verantwortung für Organisation und Inhalte dieses umfassenden Informationsangebotes tragen? Auf diese neuen Fragen müssen wir vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Medienlandschaft eine politische Antwort geben. Es ist unbestreitbar: Das Fernsehen kann das Ereignishaftes für den Zuschauer zum unmittelbaren Erlebnis machen, kann komplexe Probleme anschaulich darstellen und Meinungsgegensätze durch direkte Konfrontation der Beteiligten in Rede und Gegenrede lebendig werden lassen. Ebenes unbestreitbar aber ist die Tatsache: Die Chance der Zeitung liegt darin, zu wichtigen Ereignissen Hintergrundinformationen zu geben, Zusammenhänge aufzuzeigen, zu kommentieren und zu analysieren.

Diese bewährte Arbeitsteilung - oft publizistische Gewaltenteilung genannt - zwischen privatwirtschaftlicher Presse und öffentlich-rechtlichem Rundfunk ist durch des Kabelfernsehen bedroht. Deswegen ist besondere Sorgfalt auch bei der Durchführung von Demonstrationsprojekten notwendig. Besondere Skepsis habe ich gegenüber einem privatwirtschaftlichen Kabelfernsehen. Und zwar nicht aus ideologischen Gründen, sondern wegen der ökonomischen und medienpolitischen Konsequenzen.

Ich kann nur mit allem Nachdruck vor den Gefahren eines - notwendigerweise durch Werbeeinnahmen zu finanzierenden - privaten Lokalfernsehens für die große Zahl der kleineren Zeitungsverlage und damit für die demokratische Meinungsvielfalt in unserem Land warnen. Niemand soll sich täuschen: Die Großen erhoffen sich ein Geschäft durch eine Freigabe der Gemeinchaftsantennenanlagen für die Übertragung beliebiger Sendungen. Die Leidtragenden wären die vielen kleinen und mittleren Zeitungsverlage, die heute schon in ihrer wirtschaftlichen Existenz ernsthaft bedroht sind. Ein privatwirtschaftliches Kabelfernsehen könnte ihnen den Todesstoß versetzen.

(-/7.7.1975/ks/ee)

+ + +

IG Metall bleibt auf Entspannungskurs

Die Rolle der Gewerkschaften in der DDR wird von ihr realistisch eingeschätzt

Von Winfried Geiger

Mitarbeiter in der Pressestelle beim Vorstand der IG Metall

Das Aufsehen, das die Brückierung der Beauftragten der IG Metall im DGB durch Vertreter der IG Metall im FDGB anlässlich eines Besuchs in der DDR gefunden hat, ist verständlich. Zum einen sehen sich viele in ihrer starren ablehnenden Haltung allen Versuchen gegenüber bestätigt, realistische und vernünftige Beziehungen zwischen Gewerkschaftsorganisationen in verschiedenen Gesellschaftssystemen herzustellen. Zum anderen aber fassen viele, die eine Entspannungspolitik auch zwischen Gewerkschaften befürworten, diesen Vorgang als einen bedauerlichen und unverständlichen Rückschritt gegenüber solchen Entspannungsbestrebungen auf.

Am 11. Juni dieses Jahres trafen im VEB-Röhrenwerk in Riesa Beauftragte der IG Metall für die Bundesrepublik mit Vertretern der IG Metall im FDGB zusammen. Bei diesen Gesprächen sollten Vorschläge über Inhalt, Umfang und Ziele von weiteren Begegnungen ausgearbeitet werden. Was dann am nächsten Vormittag geschehen ist, läßt sich mit wenigen Worten so darstellen: Die Vertreter der IG Metall im FDGB nahmen einen zehnmütigen Kantinenbesuch der IG Metall-Beauftragten aus der Bundesrepublik zum Anlaß, um die bereits sich normalisierenden Kontakte zwischen beiden Organisationen auf den Nullpunkt zu bringen. Nur, weil ein kurzer und unbedeutender Wortwechsel zwischen dem zweiten Vorsitzenden der IG Metall, Hans Mayr, und dem persönlichen Referenten des ersten Vorsitzenden dieser Organisation, Otmar Günther, sowie einigen Arbeitern des Röhrenwerks stattgefunden hatte, warf man Mayr und Günther "Verletzung der Gastfreundschaft" und "widerrechtliches Betreten fremden Werksgeländes" vor und geleitete sie an die Grenze zur Bundesrepublik zurück.

Das Mißverhältnis zwischen Ursache und Wirkung dieses Vorganges läßt darauf schließen, daß es sich um einen bewußt herbeigeführten Eklat durch die Vertreter der IG Metall im FDGB handelt. Zu diesem Zeitpunkt jedoch deuten zu wollen, weshalb es zu einem solchen einseitigen Abbruch laufender Gespräche gekommen ist, heißt, sich in Spekulationen zu verlieren. Der Vorstand der IG Metall wartet immer noch auf einen erklärenden Brief des Vorsitzenden der IG Metall im FDGB, Reinhard Sommer, der schon am 12. Juni angekündigt worden war.

Der Vorstand der IG Metall kann kein Verständnis für den Abbruch der Gespräche aufbringen. Darüber hinaus billigt er voll das Verhalten seiner Beauftragten. Die IG Metall läßt sich durch diese Vorgänge nicht in die Ecke jener drängen, die eine Ost-West-Entspannungspolitik, wie sie vor allem mit dem Namen Willy Brandts verbunden ist, stets offen bekämpft haben oder auch heimlich zu hintertreiben versuchten.

Für die IG Metall wirft allerdings die Reaktion der DDR-Gewerkschafter ein bezeichnendes Licht auf die Rolle, die Gewerkschaften in der DDR zu spielen haben. Dennoch läßt sich die IG Metall weder durch den Vorfall in Riesa noch durch die häßlichen Stimmen, die er in der Bundesrepublik auslöste, davon abhalten, ihr Konzept einer Unterstützung der Entspannungsbestrebungen der Bundesregierung weiterzuführen. Die IG Metall wird sich aber auf das Verhalten der IG Metall im FDGB einzustellen wissen.

(-/7.7.1975/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Pfaller